

„Fazit und Perspektiven“

Die Rolle angewandter Wirtschafts- und Sozialforschung auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaftspolitik

Dieter Rehfeld

1. Einleitung

Wenn wir heute nach Antworten auf die Frage suchen, wie die Gesellschaft zukünftig aussehen soll, dann drängt sich als erstes das Konzept Nachhaltigkeit auf. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, gelegentlich ergänzt um „gutes Regieren“ ist eine gesellschaftspolitisches Dreieck oder Viereck, auf das sich unterschiedliche Menschen sehr schnell einigen können. Schwieriger wird es, wenn wir die Frage nach der Balance zwischen den unterschiedlichen Zielen stellen. Dabei ist unvermeidlich, dass es unterschiedliche Antworten gibt. Nachhaltigkeit ist ein globales Konzept, dass sich in unterschiedlichen Regionen und Ländern jeweils spezifisch konkretisiert.

In Europa bzw. der Europäischen Union wird Nachhaltigkeit seit einigen Jahren mit dem Konzept „Europa 2020“ konkretisiert. Intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum stehen in deutlicher Referenz zu

den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit, stellen diese allerdings in eine wachstumsorientierte Perspektive. Dies hat durchaus Tradition. Die europäische Integrationsdynamik war immer in erster Linie ein wirtschaftlicher Prozess, der angesichts bestenfalls begrenzter demokratischer Legitimation von dem Versprechen auf Wachstum als Motor für gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Integration getrieben und legitimiert wurde.

Dieses Modell hat über Jahrzehnte erfolgreich funktioniert und – schon fast vergessen – sowohl noch bis in die 1970er Jahre hinaus autoritäre südeuropäische Staaten integriert wie auch dem Systemwandel in Mittel- und Osteuropa einen effektiven Rahmen gegeben. Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/8, die sich in den folgenden Jahren in verschiedenen europäischen Staaten als Staatskrise manifestierte, hat ein Wandel stattgefunden. Wenn im Herbst 2015 jeder fünfte Jugendliche in Europa ohne Arbeit ist und in einzelnen Ländern wie Griechenland oder Spanien jeder zweite Jugendliche, dann hat dieses Wachstums- und Legitimationsmodell jegliche Glaubwürdigkeit verloren.

Von daher ist es auf der einen Seite konsequent, wenn das aktuelle europäische Zielsystem auch den Integrationsaspekt und damit die soziale Dimension hervorhebt. Andererseits ist es fraglich, ob die anhaltende Fokussierung auf Wachstumsförderung geeignet ist, um Europa zu einem gesellschaftlichen Projekt fortzuentwickeln.

Nun haben sich die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise innerhalb Europas sehr unterschiedlich manifestiert. Deutschland ist auf den ersten Blick erstaunlich gut weggekommen. Nach einem kurzen Innehalten boomt der Export, sinken die Arbeitslosenzahlen und steigen die Steuereinnahmen in schon seit Jahren nicht mehr erreichte Höhen. Und mit der Energiewende hat sich Deutschland ein weltweit beachtetes ambitioniertes ökologisches Projekt vorgenommen.

Bezogen auf die soziale Lage sieht es dagegen anders aus, nur drei Beispiele:

- In kaum einem anderen europäischen Land hat der Bildungsstand der Eltern einen so hohen Einfluss auf den beruflichen Werdegang der Kinder wie in Deutschland.
- Je nach Berechnungsmethode sind bis zu fast einem Viertel der in Deutschland lebenden Menschen armutsgefährdet.
- In kaum einem europäischen Land ist die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen so weit geöffnet wie in Deutschland.

Die Beiträge in diesem Band geben ein differenziertes Bild der Lebenslage mit Bezug auf unterschiedliche politische Felder und verweisen immer auch auf den kumulativen bzw. dynamischen Charakter sozialer Ungleichheit. Es ist offensichtlich, dass die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der vergangenen Jahre immer mehr Menschen verloren und vom gesellschaftlichen Leben ausgrenzt hat.

2. Gesellschaftspolitik – Anmerkungen zu einer Auflösung

Es gibt also gute Gründe, die Frage nach den Lebenslagen von Menschen und einer hierauf bezogenen Gesellschaftspolitik verstärkt auf die Tagesordnung zu setzen. Gesellschaftspolitik war seit der Gründung des „Instituts für beratende Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Gerhard Weisser-Institut“ das Dach für die interdisziplinäre und integrative Thematisierung zentraler gesellschaftlicher Politikfelder, wie sie auch in diesem Band reflektiert werden.

Allerdings war die Offenheit für eine Gesellschaftspolitik in den ersten Jahrzehnten der Institutstätigkeit erheblich größer als heute. Dies hat verschiedene Gründe.

Zu nennen ist zunächst eine in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion deutlich veränderte Einschätzung der Rolle des Staates. Im Zuge der globalen Durchsetzung des neoliberalen Denkens, in der Politik zunächst vor allem mit den Namen Thatcher und Reagan verbunden, hat sich ein Bild von dem Staat durchgesetzt, das an Hobbes Leviathan erinnert. Der Staat ist demnach nicht Gestalter, sondern notwendiges Übel und potenzieller Störer einer, sofern sich selbst überlassen, effektiven gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Entwicklung. Und damit nicht genug, die dann noch verbleibenden staatlichen Aufgaben sind zunehmend unter Druck geraten, sich nach dem Modell einer ökonomisch definierten Effizienz zu organisieren: Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung sind die Schlüsselbegriffe, die den neoliberalen Siegeszug seit den 1980er Jahren leiten.

Dieser Wandel der Rolle des Staates lässt sich exemplarisch an dem Wandel des Reformbegriffs deutlich machen. Stand „Reform“ in den 1960er und frühen 1970er Jahren für gesellschaftliche und wirtschaftliche Demokratisierung, für Bildungsgerechtigkeit, Gleichberechtigung und sozialen Ausgleich sowie für eine Weiterentwicklung dieser Ziele

für alle sichernden Wohlfahrtsstaates, so stellt sich das heute anders dar. Wenn heute von Reform die Rede ist – nirgends so deutlich und aktuell wie in der Diskussion um Bewältigung der griechischen Schuldenkrise –, geht es um die Reduzierung der Staatstätigkeit, um Lohn- und Rentenkürzungen, um Personalabbau und Privatisierung öffentlicher Ausgaben usw.

Die Beispiele lassen sich fortsetzen: Aus dem Bildungssystem wird Bildungswirtschaft, kulturelle Aktivitäten gehen in die Kreativwirtschaft auf, die kommunale Selbstverwaltung wird zum „Unternehmen Stadt“, Wissenschaft wird darauf verpflichtet, einen Beitrag zur Innovation zu leisten, Beiträge zur Krankenversicherung werden zu Lohnnebenkosten.

In diesen Diskursen ist für Gesellschaftspolitik oder gar eine dieser zugrunde liegenden Vision einer gesellschaftlichen Ordnung kein Platz mehr. An die Stelle einer gesellschaftlichen Vision tritt die schon von Gerhard Weisser kritisierte Vorstellung, dass sich eine gesellschaftliche Ordnung schon von selbst aus einer friktionslos laufenden wirtschaftlichen Entwicklung ergeben würde.

Und damit diese Entwicklung auch nicht zum Stocken kommt, wird die Förderung von Innovationen zur zentralen politischen Aufgabe.

An Stelle von Gesellschaftspolitik ist also Innovationspolitik getreten. Innovation meint zunächst einmal wirtschaftliche Innovation, und ein genauerer Blick zeigt, dass es hier vor allem um technische Innovation geht. Nicht zufällig steht Silicon Valley als Bild für die gesellschaftliche Zukunft, die Informations- und Kommunikationstechnologie – fälschlich immer wieder als Motor der Wissensgesellschaft angesehen – als treibende Kraft. Der gesellschaftliche Diskurs ist zum technischen Diskurs mutiert.

Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Shoshana Zuboff spricht von einem Zaubertrick: Der Blick wird auf die glänzende Oberfläche technischer Innovationen gelenkt, um das dahinter liegende Wesentliche, die Geschäftsmodelle und deren soziale Implikationen zu verbergen. Am Ende geht es nicht mehr um die Frage nach Lebenslagen, sondern um die Frage nach der Realisierung normierter und von elektronischen Hilfsmitteln kontrollierter Lebensstile.

Nun lassen sich die gesellschaftlichen Folgen der zugegebenermaßen stark vereinfacht dargestellten Entwicklung der vergangenen Dekaden nicht länger ignorieren. In gewisser Weise ist dies ein Nebeneffekt einer

zunehmenden Effizienzorientierung: Vergleichend angelegte Studien wie die PISA-Studie der OECD oder die Kohäsionsberichte der Europäischen Union verbleiben möglicherweise noch im intellektuellen Diskurs von Medien mit begrenzter Reichweite. Die oben genannte hohe Arbeitslosigkeit vor allem auch bei Jugendlichen in vielen europäischen Ländern, die dramatisch ansteigenden Flüchtlingsströme als Folge einer Destabilisierung ganzer Weltregionen oder die soziale Segmentierung auch statistisch wachsender Städte werden aber täglich erfahrbar und lassen sich daher nicht mehr verdrängen.

Die Wirtschaftskrise 2007/2008 kann als Katalysator auf dem Weg zu einer neuen Diskussion um Gesellschaftspolitik angesehen werden. Noch sind die Zweifel an einer Deregulierung, die eine von Bytes getriebenen Finanzwirtschaft in immer absurde zyklische Ausschläge getrieben hat, nicht verstummt. Hinzu kommt die Einsicht, dass es nicht die Bytes, sondern die Atome, also die materielle, oft schon als „old economy“ abgeschriebene Industrie war, die dort, wo sie noch etabliert war, wie in Deutschland eine stabilisierende Wirkung in der Krise eingenommen hat, auch wenn hierbei massive Kriseninterventionen des Staates notwendig waren.

Nun führt eine Neubewertung der Rolle des Staates keineswegs zu einer neuen Gesellschaftspolitik. Der oben skizzierte Verdrängungsprozess war gründlich, die Erinnerung an die Gesellschaftspolitik der Nachkriegsjahrzehnte wird bestenfalls noch in politikwissenschaftlichen Lehrbüchern gepflegt.

3. Rahmenbedingungen einer neuer Gesellschaftspolitik

Ein sentimentaler Rückblick auf ältere Konzepte hilft nicht weiter. Begriffe wie „Gesellschaftsgestalter“ oder „sozialpädagogische Abhilfemaßnahmen“ wie sie sich bei Gerhard Weisser finden lösen in heutigen Diskussionen eher Befremden aus. Es geht aber nicht um Begriffe, sondern um die dahinter liegenden Anliegen. Um diese fruchtbar in die Diskussion um eine neue Gesellschaftspolitik einzubringen, ist es zunächst wichtig, sich den Kontext der jüngeren Diskussion um die Rolle des Staates vor Augen zu halten.

Sehen wir einmal von den Kriseninterventionen in Folge der Wirtschaftskrise 2008 ab, so sind die wesentlichen Impulse für die neue Dis-

kussion aus der Europäischen Kommission gekommen. Drei Aspekte stehen dabei im Mittelpunkt.

Erstens geht es um das eingangs bereits erwähnte neue Wachstumsmodell, das dem Leitgedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Die soziale Dimension dieses Modells, das integrative Wachstum, setzt zunächst einmal gesellschaftspolitische Ziele auf die politische Agenda. Dahinter steht die richtige Einsicht, dass gemeinsames europäisches Handeln ohne ein Mindestmaß an sozialer und regionaler Integration nicht möglich ist. Das europäische Problemlösungs- oder Gestaltungspotenzial ist allerdings begrenzt, da die wesentlichen gesellschaftspolitischen Politikfelder in nationaler Kompetenz verblieben sind. Von daher erscheinen die an einer europäischen Lösung geäußerten Zweifel, wie sie etwa im Beitrag von Danner am Beispiel der Gesellschaftspolitik geäußert werden, durchaus berechtigt.

Von daher stehen wir zweitens vor der Situation, dass in der europäischen Programmatik die soziale Dimension von Nachhaltigkeit in eine Wachstumsstrategie eingebettet worden ist. Es geht also nicht um Gesellschaftspolitik an sich, sondern um eine gesellschaftliche Einbettung oder Verpflichtung von Wachstumspolitik. Dies ist nicht unbedingt alter Wein in neuen Schläuchen, da es darum gehen soll, dass Wachstumspolitik einen Beitrag zu gesellschaftlichen Herausforderungen nicht nur wie ökologische Herausforderungen oder Globalisierung leisten soll, sondern eben auch zur Bekämpfung der Armut oder zum demografischen Wandel beitragen soll.

Drittens ist die Einsicht wichtig, dass derartige Ziele nicht mit einer wie bisher vor allem technisch ausgerichteten Innovationsstrategie erreicht werden können. Die Frage nach sozialen Innovationen wird zu einem Schlüsselthema, an dem sich die Widersprüchlichkeit und Halbherzigkeit dieses Politikwandels aufzeigen lassen: Auf der einen Seite wurde in den letzten Dekaden der Wohlfahrtsstaat – immer wieder auch durch europäischen „Reformdruck“ – zurückgefahren, Leistungen gekürzt, auf der anderen Seite werden nun neue Strategien, eben soziale Innovationen, gesucht, die sich auf die Bewältigung der Folgeprobleme dieses Rückbaus des Wohlfahrtsstaates richten.

Adressat und Träger dieser sozialen Innovationen bildet die Zivilgesellschaft. So wichtig dieser Ansatz ist, zielt er doch auch auf eine Rückbesinnung auf die soziale Basis von Demokratie als Basis kollektiv verantwortlichen Handelns, so besteht doch die Gefahr einer weiteren,

nun doppelten Privatisierung sozialer Risiken. Dies lässt sich am Beispiel der deutschen „Arbeitsmarktreformen“ verdeutlichen. Die Problemlage ist von Ursula Engelen-Kefer in diesem Band geschildert: die Verantwortung für die Lebenslage wird auf das Individuum verschoben, der aktive Staat mutiert zum aktivierenden Staat. Wenn nun eine Unterstützung oder gar Problemlösung durch soziale Innovation aus der Zivilgesellschaft heraus angestrebt wird, dann hängen die Lebenschancen zunehmend davon ab, ob vor Ort eine aktive und Problem bewusste zivilgesellschaftliche Kultur ausgeprägt ist oder eben nicht.

Dies führt letztlich zu einer Schlüsselfrage einer neuen Gesellschaftspolitik. Inwieweit kann vor dem Hintergrund langfristiger und anhaltender Individualisierung und Fragmentierung – die Beiträge zur Arbeitspolitik in diesem Band machen deutlich, dass dies weit in alle gesellschaftlichen Bereiche hineinreicht – eine soziale und kollektive Basis solidariischen Handelns noch vorausgesetzt oder wiederhergestellt werden.

Wenn es auch noch so banal ist, offensichtlich muss es immer wieder betont werden: eine allein auf Individuen aufbauende Gesellschaft ist ein Widerspruch in sich: Gesellschaft braucht gemeinsame Regeln, braucht die hierfür notwendig kulturelle (immer auch solidarische) Basis, sie braucht eine spezifische Balance aus kollektiven und individuellen Interessen.

In der Diskussion um soziale Innovationen wird hier unter dem Stichwort „shared economy“ eine Antwort gegeben. Der gesellschaftliche Zusammenhalt erfolgt in momentan wachsenden Geschäftsmodellen über einen Vermittler und hierauf abzielende Aktivitäten werden, nicht immer durch Geld, manchmal auch durch Punkte oder Gutscheine, bewertbar gemacht. Die Notwendigkeit der Vernetzung einer zunehmend individualisierten Gesellschaft lässt sich daran erkennen, dass momentan ein großer Teil des globalen Venturekapitals in derartige Aktivitäten der shared economy fließt. Das Paradoxe ist: Je stärker die Gesellschaft individualisiert ist, desto größer werden Vernetzungsbedarf und Rentabilität von Vernetzungsdienstleistungen.

Nun ist diese Variante von shared economy nur ein Ausdruck für den Bedarf neuen Formen gesellschaftlicher Vernetzung oder gesellschaftlichen Zusammenhalts. Suche nach neuen Formen gemeinsamen, genossenschaftlichen Handelns finden sich in immer mehr Regionen, und die neuen Kommunikationstechnologien bieten das Potenzial diese global zu verbinden. Eine derartige Suche nach Formen kollektiven Handelns jen-

seits von Staat und Markt ist keineswegs neu, sollte die Erfahrungen vergangener Jahre nicht ignorieren, wie die Beiträge zum Thema Genossenschaften in diesem Band zeigen.

4. Bausteine einer neuen Gesellschaftspolitik

Selbstverständlich ist es kein Zufall, dass die Frage nach einer neuen Gesellschaftspolitik im Mittelpunkt dieses Buches liegt. Gesellschaftspolitik bildet das Schlüsselthema des Instituts für beratende Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Gerhard Weisser Institut und wird dies auch bleiben. Neben den im einleitenden Beitrag genannten Arbeiten sei an dieser Stelle vor allem auf die Habilitationsschrift von Klaus Lompe aus dem Jahr 1971 zum Thema Gesellschaftspolitik und Planung hingewiesen.

Die Frage nach einer neuen Gesellschaftspolitik aus der Perspektive des Instituts zu stellen, benötigt zwei Ausgangspunkte. Zum einen geht es um die Frage, welche der Grundanliegen des Instituts unabhängig von den heute veränderten Rahmenbedingungen Bezugspunkte einer derartigen Gesellschaftspolitik bilden. Zum anderen ist zu fragen, welche Weiterentwicklungen aus heutiger Sicht notwendig sind.

Den Kern bildet wie es unter anderen Fürstenberg in seinem Beitrag auf den Punkt gebracht hat die Frage nach soziokulturell akzeptablen Lebenslagen. Lebenslage bezieht sich dabei sowohl auf den Kontext wie auch auf die Möglichkeit, den damit gegeben Spielraum für die eigene Lebensgestaltung nutzbar zu machen.

Es geht also um Wahlfreiheit, um die Möglichkeit ein selbstbestimmtes Leben zu gestalten. Dass ein derartig selbst bestimmtes Leben unterschiedliche Facetten hat, ein aktives politisches Leben, ein aufgeklärtes Verbraucherverhalten, eine den Kompetenzen gerecht werden Arbeitswelt, liegt auf der Hand, ebenso dass auch die Frage nach der Gestaltung des Arbeits- und Wirtschaftslebens ein wesentlicher Bestandteil dieser Rahmenbedingungen sind.

Aus der Perspektive eines selbstbestimmten Lebens wird auch deutlich, dass es bei gesellschaftspolitischen Fragen nicht allein oder auch nur in erster Linie um staatliche Politik geht. Es geht um eine Balance zwischen staatlicher Politik, wirtschaftlichen Handeln und gesellschaftlicher Selbstorganisation, wobei alle Akteure in einen gesellschaftlichen Verantwortungsrahmen eingebunden sind.

Gesellschaftspolitik ist also ein normativer Ansatz, die wissenschaftliche Fundierung bedarf einer normativen Sozialwissenschaft, auf diesen Aspekt wird abschließend einzugehen sein. Wichtig ist, dass dieser Ansatz nicht konkrete gesellschaftliche Ziele vorgibt, sondern nach selbstbestimmten, politisch, sozial und wirtschaftlich handelnden Menschen fragt, die ihre Gesellschaft gestalten.

Dies erfolgt heute ohne Zweifel unter anderen Rahmenbedingungen als in den Jahren, in denen die Grundlagen für die Arbeit des Instituts gelegt wurden. Fünf Punkte, die bei einer heutigen Neuformulierung von Gesellschaftspolitik zentral sind, sollen an dieser Stelle genannt werden.

Erstens hat sich der Modus von staatlicher Politik verändert und entsprechend auch die Analyse von Politik. Politik findet heute auf sehr unterschiedlichen Ebenen von der lokalen Ebene bis hin zur EU oder auch globalen Organisationen wie UNO, Weltbank oder OECD statt. Politische Entscheidungsvorbereitung und -findung erfolgt weiterhin zunehmend in Netzwerken oder im Rahmen von runden Tischen und strebt einen breit getragenen Konsens zur Ausgestaltung des jeweiligen Politikfeldes an. Dies hat spezifische Vor- und Nachteile: derartige Konsensrunden sind in der Regel Bargainingprozesse, die keineswegs zwangsläufig zu tiefgreifenden Veränderungen führen. Sie sind auch sperrig gegenüber einer verschiedene Politikfelder integrierenden Gesellschaftspolitik, da einmal mühsam gefundene konsensuale Ergebnisse nicht ohne erneuten Aufwand änderbar sind. Gleichzeitig ermöglicht aber die Verankerung von Politik auf mehreren Ebenen Spielräume für neue Konzept und Lösungsstrategien. Es spricht vieles dafür, dass neue Impulse für eine Gesellschaftspolitik aus diesen Spielräumen, aus den Kommunen und Regionen, aus Projekten, aus selbst organisierten Initiativen kommen.

Zweitens verändert sich der Handlungsrahmen. Gesellschaftliche Entwicklungen und deren Konsequenzen können heute nicht mehr allein aus einem nationalstaatlichen Rahmen betrachtet werden. Die momentanen und auch künftig anhaltenden Flüchtlingsbewegungen, eine globale Medienlandschaft, die Vernetzung und zelluläre Organisation sozialer Initiativen und Bewegungen führen sowohl zu einer weiteren Ausdifferenzierung von Lebenslagen wie auch zu dem Nebeneinander sehr unterschiedlicher Lebensmodelle.

Daraus ergibt sich drittens, dass wir theoretische Ansätze benötigen, die der Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung gerecht werden. Dies reicht von einer Analyse des Zusammenspiels von globalen, staatlichen

und lokalen Entwicklungen über kumulative soziale Differenzierungsprozesse bis hin zu neuen Lebensmodellen, die eine flexible, lernende Lebensgestaltung ermöglichen, ohne Gefahr zu laufen, an den dabei immer wieder auftretenden Bruchstellen ausgegrenzt zu werden. Nach dem Ende der großen modernisierungstheoretischer Erzählungen ist hier eine Lücke entstanden, die vor allem von evolutionstheoretischen Ansätzen gefüllt worden ist. Evolution ist aber nicht zielgerichtet, also nicht unbedingt zu Lebenslagen, die eine freie Wahl über die Lebensgestaltung ermöglichen, während gesellschaftstheoretische Sozialwissenschaft genau diesen oben genannten normativen Bezugspunkt benötigt.

Viertens geht es bei der Gesellschaftspolitik auch um Verteilungs- und damit um Machtfragen. Das gesellschaftliche Versprechen von Wachstum und Innovation hat diese Frage nach Macht ausklammern können, da es auf eine mittel- oder langfristige Verbesserung der Lebenslagen für alle verweisen konnte. Wenn dieses Versprechen wie oben ausgeführt nicht mehr glaubhaft ist, dann geht es auch um Wandel gesellschaftlicher Positionen und Umverteilung, und damit um die Muster gesellschaftlicher Macht.

Fünftens ist auf die Digitalisierung gesellschaftlicher Lebensräume und Lebenslagen einzugehen. Hierbei ist immer wieder zu berücksichtigen, dass Technologien keine eigenständige Gestaltungsmacht haben, sondern im Rahmen gesellschaftlicher Kontexte genutzt und umgesetzt werden. Hierbei handelt es sicher um selektiv wirkende Kräfte die spezifische gesellschaftliche Muster verstärken.

5. Bausteine einer normativen Sozialwissenschaft

Gerade Sozialwissenschaft kokettiert immer mal damit, dass eine gute Wissenschaft daran zu erkennen ist, dass sie neue Probleme herausarbeitet. Selbstverständlich hat auch eine normative Sozialwissenschaft eine aufklärerische Funktion, mindestens ebenso wichtig ist ihr aber die Frage nach Strategien zur Lösung von Problemen.

Gerade in dieser Hinsicht hat sich in den vergangenen Jahren einiges geändert. Wissenschaft soll nun neben Forschung und Ausbildung auch einen Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung, gemeint ist in den meisten Fällen die wirtschaftliche Entwicklung, leisten. Konzepte wie Modus 2, die als anwendungsorientiertes Gegenmodell oder Ergänzung

zu den disziplinären erklärenden Wissenschaften gesehen werden haben diesen Faden aufgegriffen. In den Gesellschaftswissenschaften ist diese Diskussion weniger greifbar als in den technischen Wissenschaften. Zwar ist in jüngster Zeit häufiger von „social engineering“ die Rede, aber Sozialwissenschaften sind eben keine Ingenieurwissenschaften, die anhaltenden Schwierigkeiten einer zentralistischen top-down Governance können das illustrieren.

Die Arbeiten aus dem Institut, vor allem von Gerhard Weisser zu einer normativen Sozialwissenschaft haben hier einen interessanten, wenn auch kaum beachteten Zugang, den es zu vertiefen und weiter zu entwickeln lohnt. Es geht vereinfacht nicht um die Frage, ob es eine normativ begründete Wissenschaft gibt, sondern es geht darum, deren normatives Fundament explizit und damit der öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen.

Dieses Bewusstsein für die normativen Grundlagen, die sich oft in wissenschaftlichen Definitionen und Axiomen verbergen ist verloren gegangen. Selbstverständlich ist der homo oeconomicus eine ebenso normativ besetzter Ausgangspunkt wie ein technisch-ökonomischer Innovationsbegriff oder ein auf Individualisierung aufbauendes Konzept der shared economy. Der normative Gehalt wird aber offenbar nicht sichtbar, wenn sich die Forschungsergebnisse in eleganten Modellen oder gesellschaftspolitischen Versprechen manifestieren.

Eine normative Sozialwissenschaft ist dadurch charakterisiert, dass sie ihre Ausgangs- und Bezugspunkte explizit macht, dass sie wissenschaftliche, also immer auch nachvollziehbare und überprüfbare Methoden verwendet, und dass sie sich immer auch der Frage nach den praktischen Konsequenzen stellt.

Ein derartiges Vorgehen ist nur interaktiv und diskursiv möglich, auch dies gehört zu den Grundlagen der Arbeit des Instituts. Dies hieß bisher vor allem interdisziplinär sowohl im engeren Sinne des Wortes zwischen verschiedenen Disziplinen wie auch im weiteren Sinne zwischen Wissenschaftlern und Praktikern bzw. Wissenschaftlerinnen und Praktikerrinnen. Für die künftige Praxis des Instituts werden zwei weitere Aspekte wichtig werden: zum einen eine stärkere internationale Verankerung, zum anderen ein Diskurs zwischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus unterschiedlichen Generationen.

Der Gedanke eines Generationen übergreifenden Diskurses stand am Anfang dieses Buches. Nicht immer konnte er wie geplant eingehalten

werden. Von daher sind die Beiträge dieses Bandes auch als Bausteine zu sehen, die am Anfang des Diskurses über eine neue Gesellschaftspolitik stehen, ein Diskurs, der in den kommenden Jahren fortzusetzen und zu intensivieren ist.

Autorenverzeichnis

Antje Blöcker, Dr. rer. pol., freiberufliche Wissenschaftlerin für gewerkschaftsnahe Stiftungen und für die IG Metall. Schwerpunkte: Arbeitsteilung und Industrielle Beziehungen in der globalen Automobilindustrie, Wissens- und Produktionssysteme in industriellen Wertschöpfungsketten.

Andreas Boes, PD Dr., ist Vorstandsmitglied des Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München e.V. und lehrt als Privatdozent an der TU Darmstadt. Er befasst sich seit Ende der 1980er Jahre mit Fragen der Informatisierung der Gesellschaft und der Zukunft der Arbeit.

Johannes Buhl, Studium der Soziologie, VWL, Politik, Geographie, seit 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren am „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie“. Arbeitsschwerpunkt: nachhaltiger Konsum.

Günter Danner, Dr., Studium der Ökonomie, Geschichte und International Relations. Persönlicher Referent und Berater des Vorstands der Techniker-Krankenkasse. Stellvertretender Direktor in der Europavertretung der deutschen Sozialversicherung.

Ursula Engelen-Kefer, Prof. Dr., 40 Jahre in Verantwortung für die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in DGB und SPD. Nach Beendigung der Funktion als Stellvertretende Vorsitzende des DGB, Übernahme von Lehraufträgen zur Sozialpolitik und Funktionen im Sozialverband Deutschland.

Margret Engelhard, Dr. der Biologie, Schwerpunkte in Mikrobiologie und Botanik. Forschung zur Technikfolgenabschätzung und Ethik medizinischer und biotechnologischer Anwendungen. Wie ihrem Großvater, Gerhard Weisser, liegt ihr besonders an der wissenschaftlichen Politikberatung.